

Anfragen zum Plenum

in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich die Asylbewerberinnen- und Asylbewerberzahlen seit 2006 in Bayern entwickelt, wie hat sich seit 2006 parallel dazu der Personalschlüssel für die Unterbringungsverwaltung entwickelt und von welchem Personalschlüssel geht die Staatsregierung bei anhaltenden bzw. kontinuierlich steigenden Asylbewerberinnen- und Asylbewerberzahlen bis 2018 aus (bitte alle Zahlen nach Jahren aufschlüsseln)?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Im Rahmen des Ausbauprogramms 2012 der Hochschule Ansbach wurde im Jahre 2008 in gegenseitiger Übereinstimmung zwischen dem Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (StMWFK), der Hochschulleitung und den Studierendenvertretern das so genannte „Ansbacher Modell“ beschlossen, welches vorsah, dass ein Teil der Studienbeiträge im Zeitraum 2008 bis 2013 zielorientiert für eine zeitnahe Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt werden sollte und die Verwendung der Studienbeiträge dabei „in Form einer Anschubfinanzierung von Personalstellen für die neuen Studiengänge und in zwei Fällen auch für Personalstellen im Bereich Zentrale Dienste“ erfolgen sollte und ab dem Jahr 2013 der Freistaat Bayern die Finanzierung dieser Stellen übernehme, nun aber scheint diese Vereinbarung vonseiten des StMWFK gebrochen zu werden, sodass für diese wichtigen Stellen die Finanzierung ab 2013 wegbrechen würde, was einen immensen Verlust für die Hochschule Ansbach und deren Studierende bedeuten würde, daher frage ich die Staatsregierung, wie sie diesen Sachverhalt und die damit verbundene Kritik bewertet und mit welcher Begründung sie von dieser schriftlich festgehaltenen Vereinbarung zurücktritt und welche Möglichkeiten bzw. Chancen sie sieht, diese Stellen zu erhalten?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, soll tatsächlich an der Weigerung des Staatsministeriums für Kultus und Unterricht zwei Jahre lang die Lehrerstunden für einen zweistündigen Wahlkurs „Energie“ am Gymnasium in Marktoberdorf bereitzustellen, das gesamte Umweltbildungsprojekt zur Qualitätssicherung im Rahmen eines neuen schulischen Energiesparmodells an dieser Pilotschule scheitern, obwohl das Bundesministerium für Wirtschaft und

Technologie das Projekt bei einer Bereitstellung der Lehrerstunden mit 110.000 Euro unterstützen würde und obwohl die Staatsregierung regelmäßig Umweltbildungs- und Energieeinsparmaßnahmen in den Fokus ihres politischen Handelns stellt?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Nachdem der Ministerrat sich für Regensburg als Standort für das geplante Museum für Bayerische Geschichte entschieden hat, frage ich die Staatsregierung, wie die Beurteilung der Bewerbungen der teilnehmenden Städte durch den Wissenschaftlichen Beirat jeweils wörtlich lautete, wie das Votum des Wissenschaftlichen Beirats als Grundlage des Ministerratsbeschlusses wörtlich lautete und welche Mitglieder des Expertengremiums die Bewerbungen der teilnehmenden Städte jeweils vor Ort beurteilt haben?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Personen leben in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber in Bayern (bitte für jede Gemeinschaftsunterkunft einzelnen und nach Geschlecht (Mann bzw. Frau) aufschlüsseln) bereits länger als fünf, zehn Jahre bzw. fünfzehn Jahre?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anzeigen der Staatsregierung erscheinen unter dem Titel „Aufbruch Bayern“, wie sie u.a. am 9. Dezember 2011 im „Main-Echo“ zu sehen war („Aufbruch Bayern“ – Für Ihre Zukunft! 2,4 Mrd. Euro), welche Kosten entstehen dadurch und unter welchem Haushaltstitel hat der Landtag explizit für eine solche Anzeigenkampagne „Aufbruch Bayern“ Gelder genehmigt?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2 GeschO):

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Schriftliche Anfrage des Bundestagsabgeordneten Heinz Paula (BT-Drs. 17/6387) liegt die Entscheidung über eine Bahnanbindung des Augsburger Fußballstadions in der alleinigen Verantwortung des Freistaats Bayern.

Ich frage daher die Staatsregierung:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung den Vorschlag, auf der Bahnlinie Augsburg-Buchloe einen eigenen Stadionhalt zu errichten, der es möglich macht, Besucher der SGL-Arena mit dem Zug unmittelbar vom Augsburger Hauptbahnhof zum Stadion zu bringen?
2. Wie hoch sind nach Ansicht der Staatsregierung die Kosten für die Errichtung eines Stadionhalts auf der Bahnstrecke Augsburg-Buchloe?
3. Wie hoch wäre bei den vermutlich entstehenden Kosten beim Bau eines Stadionhalts auf der Bahnstrecke Augsburg-Buchloe der Anteil, den die Stadt Augsburg zu finanzieren hätte?
4. Wie beurteilt die Staatsregierung die Befürchtung der Polizei eines Verkehrsinfarkts, der sich ohne Stadionhalt auf der Bahnstrecke Augsburg-Buchloe aufgrund des Königsplatzumbaus in der Augsburger Innenstadt ergeben könnte, weil alle fünf regulä-

ren Augsburger Straßenbahnlinien und zusätzlich die Stadionlinie über die Engstelle Margaretenstraße/Remboldstraße geführt werden, da hierfür Straßen benützt werden, die für dieses Verkehrsaufkommen nicht ausgelegt sind?

5. Kennt die Staatsregierung das Sicherheitsargument der Polizei, dass sich ohne direkte Verbindung zwischen Hauptbahnhof und Fußballstadion ein erhöhtes Sicherheitsrisiko ergibt, wenn der direkte Weg per Straßenbahn aufgrund des ÖPNV-Umbaus nicht mehr möglich ist?

Anne Franke
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie sie sicherstellen wird, dass das 2008 im Koalitionsvertrag vereinbarte und im Ministerrat im Dezember 2008 beschlossene Ziel „Der bisherige Status des Sonderflughafens als Werks- und Forschungsflughafen soll dagegen gesichert und erhalten bleiben.“ weiterhin Ziel bleibt, obwohl es im neuen LEP-Entwurf nicht verankert ist?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit ist die Bayerische Eisenbahngesellschaft in die eigentliche Verhandlungsphase für den Verkehrsdurchführungsvertrag III mit der DB Regio AG eingetreten, welches Vertriebskonzept hat die DB Regio AG vorgelegt, und wann ist der Fahrscheinerwerb in Regionalzügen der DB Regio AG wieder grundsätzlich zuschlagsfrei möglich (s.h. Landtagsbeschluss unter Drs. 16/6756)?

Ulrike Gote
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie begründet sie ihre Zustimmung zu dem Vorhaben der Universität Augsburg, 4 Mio. Euro aus Studienbeiträgen im Rahmen einer großen Baumaßnahme für das Projekt „Prisma“ zu verwenden, in welcher Höhe wird sie das Projekt aus Haushaltsmitteln des Freistaats fördern und ist die Staatsregierung der Ansicht, dass die Universität Augsburg nach dem Votum der Studentischen Vollversammlung vom 7. Dezember 2012 gegen eine Finanzierung des Projekts aus Studienbeiträgen von der Verwendung von Restmitteln aus Studienbeiträgen für „Prisma“ absehen sollte?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern ist die Opposition bei der Informationstour des Ministerpräsidenten Horst Seehofer „Aufbruch Bayern“ eingebunden, wieso war ich als Betreuungsabgeordnete bei der Tour letzte Woche in der Region 18 nur teilweise eingeladen, und wieso waren bei der Abendveranstaltung nur für die Stimmkreisabgeordneten der CSU Plätze reserviert, sodass der Eindruck von Abgeordneten Erster und Zweiter Klasse entstehen konnte?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, bezieht sich die Äußerung von Staatssekretär Bernd Sibler in der „Landshuter Zeitung“ vom 2. Dezember 2011 wonach in Bayern im Schnitt zwei Prozent des Unterrichts ersatzlos ausfallen insbesondere auch auf den Unterrichtsausfall an den bayerischen Gymnasien im laufenden Schuljahr?

Harald Güller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie die Auffassung des Staatsministers des Innern, Joachim Herrmann, teilt, dass der Innenminis-

ter aufgrund der Rechtsaufsicht über die bayerischen Sparkassen wegen einer Interessenskollision nicht an Sitzungen des Verwaltungsrats der BayernLB teilnehmen muss, obwohl sie noch am 19. Mai 2009 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Landesbank-Gesetzes in den Landtag eingebracht hat, in dem der Staatsminister des Innern ausdrücklich als geborenes Mitglied des Verwaltungsrats – und das auch noch mit doppeltem Stimmrecht – genannt wird oder wie will die Staatsregierung mit der Weigerung von Herrn Innenminister Herrmann umgehen, seinen gesetzlichen Pflichten vorsätzlich und ohne ausreichende Entschuldigung nachzukommen und wie steht die Staatsregierung ganz allgemein zur der Frage, ob die Rechtsaufsicht über die bayerischen Sparkassen eine Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Landesbank zulässt?

Eike Hallitzky
(GRU)

Nachdem im Sommer 2011 über erhebliche Rückstände bei der Bearbeitung von Beihilfeanträgen von Justizangehörigen bei der dafür zuständigen Stelle in Bayreuth berichtet wurde, frage ich die Staatsregierung, ob die Rückstände zwischenzeitlich abgearbeitet werden konnten, welche Maßnahmen dazu ergriffen wurden und wie lange nun die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für Anträge beträgt?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Nach meinen Informationen fand am Montag, dem 5. Dezember 2011 eine Verkehrskonferenz, unter anderem unter Beteiligung des Staatsministers des Innern, Joachim Hermann und des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Dr. Peter Ramsauer, statt, dazu frage ich die Staatsregierung, welche Themen wurden bei diesem Treffen diskutiert und welche Entscheidungen gefällt, insbesondere für Unterfranken?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ist ihr bewusst, dass die regionalen Sägewerksbesitzer, beispielsweise in der Rhön, massiv darunter leiden, dass mit Holz aus den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) vor allem auswärtige Großsägewerke zu einem verbilligten Preis beliefert werden, dadurch m.E. Steuergeld verschwendet und weite Transportwege in Kauf genommen werden und was gedenkt die Staatsregierung gegen diesen Missstand zu tun?

Claudia Jung
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Berufsfachschulen in Bayern gibt es Sozialpädagogen für die Jugendsozialarbeit an Schulen, welche Bedingungen sind daran geknüpft und wenn es diese Stellen für Sozialpädagogen nicht geben sollte, warum nicht?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Regionalplänen, in denen noch keine oder nach den Zielen der Staatsregierung ungenügende Vorrangsgebiete für die Nutzung der Windkraft ausgewiesen sind, existieren Ausschlussgebiete in welchem Umfang, und bis wann werden in den Regionalplänen den Windenergieausbauzielen der Staatsregierung entsprechend ausreichend Vorrangsgebiete ausgewiesen werden?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie entwickelten sich in den letzten drei Jahren 2008 bis 2010 die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr nach § 45a des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in Unterfranken aufgeschlüsselt nach Unternehmen, wie wirkt sich die jüngste Erhöhung der Sollkostensätze auf die Höhe der Ausgleichsleistungen in 2011 und 2012 aus, und inwieweit sieht die Staatsregierung Nachsteuerungsbedarf bei der Höhe der Sollkostensätze im Vergleich zu anderen Bundesländern?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Am 9. Juni 2011 hat Herr Eberhard Sinner im Plenum des Landtags verheißungsvoll angekündigt, dass die Regierungskoalition bis spätestens Oktober 2011 ein Konzept für die Zukunft der Finanzierung des Lokalfernsehens vorlegen werde (Dringlichkeitsantrag Drs. 16/8873, Beschluss des Plenums Drs. 16/8913), da die Sender Planungssicherheit bräuchten, dürfe keine Zeit verloren werden, daher frage ich die Staatsregierung, ist dieses Konzept schon erstellt und bzw. oder veröffentlicht und wie lautet der Inhalt?

Mannfred Pointner
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Sicherheitsvorkehrungen und die Gefahr der Grundwasserbelastung bei der Wiederverfüllung des Tontagebaus „Auf dem Brand“ in der Gemeinde Gammelsdorf mit Materialien, die Belastungen bis zum Zuordnungswert Z 2 aufweisen, wie beurteilt sie generell die Verfüllung mit Z 2-Materialien in Siedlungsnähe und wie sieht die Staatsregierung die Haftungsproblematik in Anbetracht der Tatsache, dass die Versickerung belastender Stoffe ins Grundwasser mehrere Jahrzehnte dauern kann und damit den Bestand des verfüllenden Unternehmens regelmäßig überdauert?

Karin Pranghofer
(SPD)

Nachdem seit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen im Herbst 2011, eine deutliche Mehrbelastung durch Flugschall-Emissionen in der nördlichen Region Bayerischer Untermain festzustellen ist, frage ich die Staatsregierung, warum im hessischen Raum mehrere Messstationen zur Flugschall-Emissionsmessung betrieben werden, aktuell jedoch keine einzige auf bayerischer Seite installiert wurde?

Markus Reichhart
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, vor dem Hintergrund der seit einiger Zeit erfolgenden Ausschreibung frei werdender Kehrbezirke, ob sie das Verfahren zur Bewertung der Bewerbungen für geeignet hält, um die Erfahrungen langjähriger Bezirksschornsteinfegermeister angemessen zu würdigen, wie sie die Akzeptanz der bestehenden Regelung durch die Kaminkehrer in den jeweiligen Regierungsbezirken bewertet (Erfahrungsbericht mit dem Ausschreibungsverfahren in den jeweiligen Regierungsbezirken) und wie sie die Forderungen nach einer Gesetzesänderung im Schornsteinfegerhandwerksgesetz bewertet, die mit der zu starken Gewichtung der Noten bei Gesellen- und Meisterprüfung und dem ungeeigneten Verfahren zur Vergabe der Kehrbezirke begründet werden und eine stärkere Gewichtung der ordentlichen Führung und Verwaltung des Kehrbezirkes zum Ziel haben?

Tanja Schweiger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse liegen ihr über die Auswirkungen der geplanten Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes auf die Standorte des Freistaats vor (betroffene Arbeitsplätze, Investitionen, Qualität der betreuten Gewässer ...), wie bewertet sie Befürchtungen über negative Auswirkungen der Reform auf den Tourismus, den Schiffsverkehr, die ökologische Durchgängigkeit der Gewässer sowie die Gefahrenabwehr und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um diesen negativen Auswirkungen entgegenzuwirken?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, trifft die Berichterstattung der „Nürnberger Nachrichten“ vom 24. November 2011 zu, dass die sogenannte SoKo „Bosporus“ bereits frühzeitig einen ausländerfeindlichen Hintergrund bei den Morden an türkischen Mitbürgern vermutete, diese Informationen bei ihren Bitten um Unterstützung bei der Fahndung jedoch nicht an die Öffentlichkeit gab, um die Bevölkerung nicht zu verunsichern und weshalb glauben Staatsregierung und Polizei, dass Information über mögliche mafiöse Verstrickungen, Drogengeschäfte und organisierte Kriminalität in der Öffentlichkeit für weniger Unruhe sorgen und wieso meinte man, die Ermittlungen in die rechte Szene hinein dürften wegen unschöner Schlagzeilen nicht an die große Glocke gehängt werden, gleichzeitig aber unschöne Schlagzeilen zu mafiösen Strukturen bei türkischen Einwanderern in Kauf nehmen zu können?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung nach der Position des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst zum Stand der Umzugspläne des Amerika Hauses bzw. der Staatlichen Lotterieverwaltung in München, wie hoch die Staatsregierung die Kosten der Sanierung der bestehenden Baumängel an den bisherigen Standorten veranschlagt, wie hoch sie die Umzugs- und Friktionskosten der Standortverlagerung der Staatlichen Lotterieverwaltung schätzt?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Entwicklung der Inkassierung unberechtigter Forderungen, besteht Änderungsbedarf bei der Widerrufsmöglichkeit der Registrierung nach § 14 des Rechtsdienstleistungsgesetzes (RDG) und wie bewertet die Staatsregierung die Forderung nach einem Sanktionskatalog verbunden mit einer Aufsicht über Inkassodienstleister, wie sie bereits nach dem ursprünglichen Rechtsberatungsgesetz vorgesehen war?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass junge Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer, die im September 2011 mit einem Jahresvertrag ihren Lehrdienst angetreten haben, bis dato noch kein Gehalt erhalten haben und, sollte dies zutreffen, wann können diese Lehrerinnen und Lehrer mit den ihnen per Vertrag zustehenden Gehaltszahlungen rechnen?

Susanna Tausendfreund
(GRU)

Nachdem Innenminister Joachim Herrmann am 6. Dezember 2011 gemäß dpa-Meldung angekündigt hat, als „Konsequenz aus den Gewalt- und Prügelvorwürfen gegen Rosenheimer Polizeibe-

amte“ zwei gesonderte Dienststellen in München und Nürnberg für Süd- und Nordbayern einrichten zu wollen, die ab 1. März 2012 u. a. Gewalt-, Korruptions- oder anderen Vorwürfen gegenüber Polizeibeamten nachgehen sollen und als Anlaufstelle für Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern dienen sollen, die sich grob oder schlecht behandelt fühlen, frage ich die Staatsregierung, wie diese Dienststellen personell und organisatorisch ausgestattet sein werden, welcher Art von Beschwerden bzw. Anzeigen sie nachgehen sollen und wie sich die Ermittlungstätigkeiten dieser zentralen Dienststellen von den bisherigen Ermittlungen in Fällen von internen und externen Beschwerden wegen möglichem Fehlverhalten von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten unterscheiden wird?

Simone Tolle
(GRU)

Nachdem die Staatsregierung auf meine Anfrage vom 3. August 2011 die Bewerberstädte und Kriterien für die Auswahl des Standortes bekanntgegeben hat, frage ich die Staatsregierung, wie die einzelnen Bewerberstädte in den aufgeführten Bewertungskriterien jeweils beurteilt wurden (bitte für jede Stadt einzeln), warum man bei der Begutachtung in Würzburg keinen offiziellen Vertreter der Stadt hinzugebeten hatte und ob die Gerüchte stimmen, dass man in Regensburg schon vor der Entscheidung durch den Ministerrat mit den Planungen begonnen hat?

Isabell Zacharias
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, stimmt es, dass trotz der Regelung in Art. 71 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHG), wonach die Studierenden bei der Entscheidung über die Höhe der Studienbeiträge und über die Verwendung der Einnahmen paritätisch zu beteiligen sind, laut § 7 der Satzung der Ludwigs-Maximilians-Universität München der jeweilige Dekan der Fakultät das alleinige Entscheidungsrecht über die Verwendung der Mittel besitzt, während die Studierenden lediglich paritätisch mitberaten dürfen, und gibt es andere bayerische Hochschulen, an denen die Satzung die Studiengebührenvergabe in gleicher Weise regelt?